

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

4. Jahrgang, Nr. 2

28. Februar 1931

Preis 1.— Schilling

Zum dritten Bundesparteitag

Von Nationalrat Dr. Fritz Bock

In den ersten Märztagen findet in Salzburg der dritte Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei statt. Ein Bundesparteitag ist gemäß den Statuten der Partei die Generalversammlung der Delegierten der Parteimitglieder.

Und so wie jede Generalversammlung eines Vereines als höchste Institution desselben über alle Maßnahmen programmatischer, organisatorischer und personeller Natur zu entscheiden hat, so ist auch ein Bundesparteitag als höchstes Forum der Partei dazu berufen, die politischen Richtlinien neu festzulegen, das organisatorische Gerippe der Partei den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen und weiter auszubauen und jene Männer und Frauen zu bestellen, die innerhalb der nächsten zwei Jahre die höchsten Parteifunktionen zu verwalten haben.

Wenn wir auf diesen Parteitag Vorschau halten wollen, so ist vor allem die Frage zu stellen, welches der Probleme bei den Beratungen im Vordergrund stehen wird. Die Betrachtung der politischen Verhältnisse erlöst wohl schon jetzt die Feststellung, daß der dritte Bundesparteitag politisch nichts wesentlich Neues bringen kann.

Die Volkspartei war und ist jene Partei in Österreich, deren oberstes politisches Ziel die Schaffung und Erhaltung der Freiheit des Staates und seiner Bürger darstellt. Damit hat sich die Volkspartei dem Grundsatz verschrieben, daß Staatspolitik vor Parteipolitik zu gehen hat.

Darin liegt vielleicht auch ein Teil jener Unpopularität, den in der Demokratie schließlich immer der verantwortungsbewußtere Teil zu tragen hat.

Die großen internationalen Spannungen machen es erforderlich, daß diese Grundhaltung der OeVP, alles zu tun, was dem Staate nützt, verstärkt werden muß, und daß demgegenüber parteipolitische Bedürfnisse zurücktreten müssen.

Das erschwert bestimmt die Arbeit der Parteifunktionäre, ist aber eine unerläßliche Voraussetzung für eine konstruktive Staatspolitik und somit für die Sicherung der Freiheit der österreichischen Staatsbürger. Der Parteitag wird also auf dem Gebiet des rein Politischen keine umwälzenden neuen Entscheidungen bringen können.

Anders wird es auf organisatorischem Gebiet sein. Es ist selbstverständlich, daß der Parteiapparat jeweils den Bedürfnissen der Zeit angepaßt werden muß. Nun stellt die auf den Bünden beruhende Organisation der Volkspartei an sich ein bewegliches Instrument dar. Der Umstand, daß es unmittelbare Parteimitglieder nur in ganz untergeordneter Zahl gibt, sondern die Mitgliedschaft bei der OeVP durch die Mitgliedschaft bei einem der drei Bünde gegeben ist, verbürgt an sich schon das durch berufliche Interessen stark untermauerte Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder innerhalb der einzelnen Bünde.

Das Prinzip der Volkspartei aber, gegeben durch den unbedingten Willen, wirtschaftliche und soziale Gegensätze nicht zum Kampf gegeneinander, sondern zum Ausgleich miteinander zu bringen, verbürgt die Einheit der gesamten Partei.

Nun erfordert besonders eine Organisation, die nicht zentralistisch aufgebaut ist, natürlich eine besonders starke politische Führung. Es wird daher auf dem dritten Bundesparteitag die Frage zu beantworten sein, ob und wie diese politische Führung der OeVP zu verstärken und weiter auszubauen ist. Das mag sich dann sowohl organisatorisch wie personell auswirken.

Darüber hinaus wird der dritte Bundesparteitag, so wie es die beiden vorangegangenen schon waren, wieder zu einer Manifestation unseres unerschütterlichen Willens werden, alles zu tun, um die Freiheit des Landes zu schaffen und zu erhalten.

Die unbedingte parteipolitische Voraussetzung hierfür ist, allen Mitarbeitern zum Trotz, die Tatsache, daß die OeVP die stärkste Partei im Lande ist. Daß sie es auch in Zukunft bleibe, muß als eine der Voraussetzungen für eine beständige Entwicklung in Österreich gewertet werden.

Dieser Umstand bringt es mit sich, daß die Volkspartei ihr Programm und ihre Arbeitstaktik so gestalten muß, daß sie nicht nur die treu zu ihr

haltenden Volksmassen entsprechend vertritt, sondern in ihren Reihen auch eine Vertretungsmöglichkeit für jene Randschichten schafft, die nun einmal bei Wahlen erfaßt werden müssen, wenn man die stärkste Partei bleiben will. Um so wichtiger aber ist unsere Aufgabe dabei, Wächter zu sein über das in der christlichen Weltanschauung fundierte Parteiprogramm und zu verhindern, daß durch unklare, verschwommene, mißtaute gefährliche Gedankengänge, die in endgültig Vergessenem ihren Ursprung haben, das Gesamtgebäude unseres politischen Programms Schaden leide.

Hier setzt die Aufgabe der politisch Verfolgten in der Volkspartei ein. Wir können keine Massenorganisation sein, unsere Mitgliederzahl ist auf die Anzahl derer beschränkt, die in der Zeit zwischen 1938 und 1945 wegen ihrer zeitlich und je bewiesenen österreichischen Haltung schweres Leid erdulden mußten. Dieser Beweis unserer kompromißlosen österreichischen Haltung gibt uns Verpflichtung und Berechtigung, nun mit Argwohn über die Unverfälschtheit unseres Parteiprogramms und die diesbezüg-

liche Geradlinigkeit unserer Parteilaktik zu wachen.

Wir sind dabei nicht förmlich gegenüber den anderen, aber wir glauben, daß die Volkspartei nur dann eine gesicherte Zukunft haben wird, wenn sie in ihrer Kompromißlosigkeit bezüglich der Freiheit und Selbstständigkeit Österreichs so stark hält, wie sie es bisher getan hat.

Wenn der dritte Bundesparteitag diese Linie bestätigt, und es ist kein Zweifel, daß er es tun wird, so hat er seine politische Aufgabe erfüllt. Wenn er darüber hinaus organisatorisch und personell die den Zeitverhältnissen entsprechenden Verstärkungen bringt, so wird das Feld der Arbeit in den kommenden zwei Jahren als wohlbestellt bezeichnet werden müssen.

Wir wollen zu diesem Parteitag mit dem festen Vorsatz gehen, in erster Beratung das Beste für die Partei und damit auch für Österreich zu leisten und wir hoffen, vom Parteitag zu unserer täglichen Arbeit mit dem Bewußtsein zurückkehren zu können, daß wir diese unsere Verpflichtung erfüllt haben!

Die „Junge Front“ und wir

Als am letzten Bundesparteitag einige Delegierte spontan für die „Kriegsgeneration“ eine eigene Organisation verlangten, stellte der Verfasser dieses Artikels die Frage, wer hier glaubt, zur Kriegsgeneration zu gehören und wer sie angeblich nicht angehört. Sowohl der Zweifel an der Herkunft der einzelnen Sprecher, wie auch die mangelnde grundsätzliche Untermauerung des Verlangens veranlaßte die überwiegende Mehrheit des Bundesparteitages ebenso spontan die ganze Angelegenheit abzulehnen. In der Folge nun wurde von fast den gleichen Leuten die „Junge Front“ als Sammelbecken der jungen Generation ins Leben gerufen. Die Wahlen von 1945 standen vor der Tür und den Argumenten der Fürsprecher dieses Beginns war sicher viel Richtiges beizumessen. Es gelte, die Generation zwischen 20 und 35 politisch aktiv zu machen, sie für die Wahlen zu mobilisieren und ihr Abströmen in extremistische Lager zu verhindern, so sagte die „Junge Front“. Zum erstenmal gingen zehntausende ehemalige Nationalsozialisten zur Wahl, die das Werbeobjekt aller Parteien sein werden, dem VdU müßte hier entgegengearbeitet werden, schließlich ging es

um die tausende Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, denen der Weg zur Partei und damit zur Wahlurne über eine eigene Organisation geöffnet werden sollte. Eine Erwiderung dagegen, ein Mißtrauen gegen den Erfolg solcher Bemühungen außerhalb der Partei wurde als Nörgelei und schädlicher Pessimismus abgetan. Wer konnte schließlich auch beweisen, daß eine Werbung und Beeinflussung der genannten Wählerkreise nicht besonders notwendig war? Unter die-

Anderung in der Redaktion des „Freiheitskämpfers“

Das Kuratorium der „OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ nahm in seiner Sitzung vom 27. Jänner 1951 das über persönlichen Wunsch erfolgte Ausscheiden des Kameraden Karl P a a z aus der Redaktion zur Kenntnis und sprach ihm den Dank für seine Tätigkeit aus.

Gleichzeitig wurde der Obmannstellvertreter der Wiener „OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“, Franz K i t t e l, mit der Leitung der Redaktion betraut.

son Voraussetzungen begann die „Junge Front“ ihre Arbeit.

Mit Wohlwollen von oben war sie reich gesegnet, auch an Führerschaft botte sie keinen Mangel, nur der Erfolg blieb fraglich. Gerade dort, wo diese „Junge Front“ ihre Zentren hatte, in der Steiermark und in Salzburg, zeigten die Wahlergebnisse, daß es am wenigsten gelungen war, die genannten Schichten für die OeVP zu gewinnen.

Inzwischen sind einsehhalb Jahre vergangen. Die „Junge Front“ ruhte nicht. Ihre zweite große Aufgabe sah sie darin, die Partei zu erneuern und damit auch das staatliche Leben in Österreich.

Es ist also höchste Zeit, die Bilanz dieser Tätigkeit der „Jungen Front“ zu ziehen. Hat sie ihre Aufgabe erfüllt? Wie steht es um die Altersschichten, die sie erfassen wollte, wie um die ehemaligen Nationalsozialisten und Heimkehrer?

Wir können dazu folgendes feststellen. Das Nationalsozialistenproblem ist mit Ausnahme einiger wirklich schwer Belasteter so viel wie gelöst. Amnestie, Einschränkung der Registrierungspflicht, Wiedereinstellung in Betrieben, Lösung der Wohnungsfragen und dergleichen haben dazu geführt, daß ein überwiegender Teil der Nationalsozialisten irgendwie wieder in die Gemeinschaft gefunden hat. Durch Organisationen und Vereine, wie auch die Bünde der Partei haben sie sich eingependelt in die große Masse jener, die heute bereits für Österreich tätig sind. Die Befriedung der ehemaligen Nationalsozialisten ist ein Artikel, der wohl mit den letzten Andenken des Naziregimes und des Krieges verschwunden ist. Unsere Rechtsreferenten der Partei haben das und dort rein menschlich diesen Leuten beizuspringen, pöttlich haben sich diese Menschen bereits entschieden und gehen lieber zum Schied als zum Schiedl, in unseren Fälle lieber zur Partei selbst als zur „Jungen Front“.

Und nun zu den Heimkehrern. Sie haben fast ausnahmslos ins zivile Leben zurückgefunden. Heimkehrer ist kein Beruf und selbst die Zahl jener, die noch kameradschaftliche Verbindung mit dem ehemaligen Frontkameraden suchen, ist sehr gering. Doch auch diese ziehen das freie Treffen in einem Kaffeehaus einem Zusammenschluß in einer eigenen Organisation vor. Der Heimkehrer ist wieder im Kreise seiner Familie, seiner Berufskollegen, das Kriegs- und Gefangenlagererlebnis gehört dem

Gestern an. Seine Sorgen um Familiengründung, Erhaltung, um Wohnung und Existenz führen ihn ebenfalls dorthin, wo er wirksame Hilfe erwarten kann. Und dies garantiert ihm nur die Stärke und Kraft einer großen Partei.

Hier aber hat die „Junge Front“ zuerst versagt und dann viel, zu viel Terrain verloren! Also Reformation der Partei, Erneuerung des staatlichen Lebens! Wo sind hier die konstruktiven Vorschläge? Hat in einer kritischen Situation die „Junge Front“ dem Kanzler und seinen Mitarbeitern jemals wertvollen Rat gebracht? Hat sie sich mit „ihren“ Abgeordneten im Parlament wirklich wirksam für die von ihr zu vertretenden Schichten eingesetzt? Wo sind die großen, ziel-führenden Pläne einer angeblich notwendigen Reorganisation der Partei, die sich nicht im Personalwechsel erschöpfen? Wo bleibt die große Konzeption des Dr. Strachwita, die angeblich dem Fagl und Burdas, dem Graf und Weinberger fehlt?

Nichts von dem, aber negative Kritik außerhalb der Partei.

Nicht zuletzt eine Deutschlügelei, für die wir absolut kein Verständnis aufbringen. Wir haben als politisch Verfolgte und Freiheitskämpfer 1945 die große Aufgabe übernommen, Wächterdarüberzusein, daß niemals wieder eine Minderheit unernster, destruktiver Elemente der Partei einen Kurs aufzwingt, der sie vom vaterländischen und demokratischen Boden abbrängen könnte. Wer die Kraft dazu nicht besitzt oder dem das Vertrauen zu dem kleinen Oesterreich mit seinem tapferen Volk fehlt, stellt sich außerhalb unserer österreichischen Gemeinschaft, vor allem außerhalb der Oesterreichischen Volkspartei. Er ist daher nur folgerichtig, wenn er außerhalb der Partei bleibt.

Steht die „Junge Front“ auf dem Boden der OeVP, bekennt sie sich zu deren Programm, dann haben ihre Mitarbeiter und auch ihre Mitglieder, wenn sie solche hat, im Rahmen der Partei und ihrer Bünde so viel Mög-

lichkeiten an Einsatz und Einfluß, vom Sprengelvertrauensmann bis zum Bundesparteibeamten, daß ihre Organisation wohl überflüssig erscheint.

Wir leben in Oesterreich in einem

Zeitpunkt, der größte politische Konzentration notwendig macht. Warum sollte diese Konzentration in unserer eigenen Partei nicht möglich sein?

Franz Kittel

Koalition — eine Verpflichtung!

Wir politisch Verfolgten und Freiheitskämpfer Oesterreichs haben seit dem Wiedereintreten unserer persönlichen Freiheit und der unseres Vaterlandes nur eine bange Frage: „Wird dieses Land erhalten bleiben?“

Um Oesterreich ging es uns vor 1938, als wir uns über alle Bedenken hinweg bedingungslos einordneten in die damalige vaterländische Front unseres Landes. Um Oesterreich ging es, als wir in den Märztagen 1938 das Letzte daran setzten, um die Gleichhaltung zu verhindern. Oesterreich war eingeschreint in unsere Herzen und ihm galt unser Tun und Lassen, unser Schonen und Streben. Oesterreich begrüßen wir ergriffen, als es einer Flut von Blut, Tränen und Asche erstand. Oesterreich steht seit nunmehr fünf Jahren auf der Tagesordnung aller Konferenzen. Und um dieses Oesterreich bangen wir heute stärker denn je.

Groß sind die Gefahren. Nicht selten wurde im vergangenen Jahr unsere Situation mit der vor 1938 verglichen und eine geradezu erschreckende Analogie festgestellt. Wenn es trotzdem einen Unterschied gegenüber der Situation in der ersten Republik gibt, dann liegt wohl der Grund in der Tatsache, daß die führenden Männer unserer großen Parteien aus dem Ablauf der Geschichte seit 1918 die Schlüsse gezogen haben. Die Männer von 1943 hatten den Mut, neu zu beginnen. War es zuerst die Not der Nachkriegszeit, die zu gemeinsamem Handeln zwang, so brachten die vergangenen Jahre allen Oesterreichern zum Bewußtsein, daß die Gefahren nicht geringer geworden sind. Oesterreich ist, noch gar nicht endgültig frei, in der Gefahr, auch diese bescheidene und beschnittene Freiheit und damit seine Selbständigkeit wieder zu verlieren. Nur die Him-

melrichtung hat gewechselt, doch die Farben und die Absichten sind die gleichen geblieben und das Resultat einer solchen Entwicklung Zwang, Terror, Verlust jeglicher Freiheit, die völkdemokratische Diktatur.

Doch diesen Bestrebungen steht die überwiegende Mehrheit unseres Volkes entgegen. 50 Prozent aller wahlfähigen Männer und Frauen sagen nein und stehen aktiv im Kampf gegen alle Bestrebungen der Hochverräter von ultralinka. Sie haben aus der Geschichte gelernt. Wenn der Feind vor der Tür steht, genügt nicht allein Passivität, wie sie die Arbeiterschaft vor 1938 geißt hat. Da heißt es bedingungslosens Einsatz, kampfbereit und entschlossen, Land, Volk, Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Bauern, Bürger und Arbeiter zusammen werden Krisen und Gefahren überwinden. Wie anders könnte dies zum Ausdruck kommen, als durch die Koalition der beiden großen Parteien der Bürger, Bauern und Arbeiter, der Oesterreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei.

Immer wieder gibt es Hüben und drüben Stimmen, die fragen, wie lange noch Koalition? Nur Menschen, denen die ungeheure Gefahr unserer Zeit nicht bewußt ist, können solche Fragen stellen. Es gibt kein Regieren Bürger und Bauern gegen Arbeiter, genau so wenig wie ein Regime der Arbeiter gegen Bürger und Bauern denkbar ist. Es sei denn als Diktatur oder Volksdemokratie. Da Oesterreichs Volk mit Leidenschaft und Vehemenz sich gegen jede solche Entwicklung wehrt, fordert es gleichzeitig von den verantwortlichen Parteiführern die Kooperation aller Schichten, die Koalition der stärksten Kräfte unseres Volkes.

Kaum ein Ereignis konnte mehr diese Forderung unseres Volkes unter-

DAS DACHAUER HOLZKREUZ wird am 13. März 1951 um 19 Uhr im Rahmen einer Gedenkfeier enthüllt und geweiht. (Kapelle der Kirche zu St. Michael Wien I.) Abordnungen unserer Landesverbände und alle Kameradinnen und Kameraden aus Wien werden dieser Bekenntlungsstunde beiwohnen.

streicheln als die Wahl 1949. In allen nachfolgenden Wahlen, wo immer und welchen Bevölkerungskreis sie immer ansprechen, wurde dieses Fleißblatt bestätigt und bekräftigt. Die Abfuhr, die die Kommunisten im Oktober erlitten, erbarte neuerlich den Beweis für die wirkliche Haltung unseres

Volkes. Die Oesterreicher haben, wie es scheint als die einzigen, aus ihrer leidvollen Geschichte gelernt und sind entschlossen, einig und unbegrenzt ihr Schicksal selbst zu zimmern.

Deshalb Koalition!

Hans Jörg Leinkauf

Erbärmliche Denunzianten

Schon einmal haben wir uns mit der all-nazistischen Zeitschrift „Der Kamerad“ befaßt. Unser gutgemeinter Hinweis, sie mögen ihrem Namen Rechnung tragen, haben die Herren als Demagogie unsererseits ausgelegt. Tatsache ist, daß sie hinter dem Wort vom „Kameraden“ ihre dunklen braunen Geschäfte verbergen und sich nicht scheuen, in unverschämter und unerbörter Weise Nazipropaganda zu betreiben. Entgegen den Wünschen der großen Masse der Kriegsverurteilten, strebt dieses Blatt von Verherrlichung der Verbrecher von gestern und in aller Öffentlichkeit identifizieren sich diese Brüder mit dem Geschehen im Dritten Reich.

Wie schmutzig diese Kerle aber sind, beweisen uns die letzten beiden Nummern dieses farnosen „Kameraden“. Zweimal bringen sie in großer Aufmachung die grotesk anmutende Behauptung von einer monarchistischen Verschwörung in Oesterreich. Sie erfinden Zusammenkünfte mit Otto von Habsburg und schreiben nach der altbewährten Methode „Halte den Dieb“ über Hochverrat. Das Bekenntnis zu Oesterreich bedeutet diesen Kreaturen „Hochverrat“, österreichische Tradition ist für sie ein rotes Tuch und die sechs Jahrhunderte Haus Habsburg eine unangenehme Erinnerung. Sie wissen ganz genau, wie das österreichische Volk darüber denkt. Sie wissen aber ebenso genau, wie manche Besatzungsmacht darüber denkt. Und was ist hier einfacher, als in niederrüchiger Weise zu denunzieren. Auch diese Fähigkeit haben sie im Dritten Reich meisterhaft erlernt und können selbstverständlich nicht mehr davon lassen. Also müssen Namen genannt werden. Und hier trägt man aus allen Teilen unseres Vaterlandes die Namen derer zusammen, von denen man auf Grund ihrer leidvollen Vergangenheit weiß, daß sie ihr Oesterreichertum niemals verlegt und für ihre österreichische Gesinnung alle Opfer gebracht haben.

Wie eindeutig ihre Absicht ist, zeigt besonders kraß der Fall Wiesner. Ein fast Achtzigjähriger, der durch sein schweres Leiden bereits Monate an sein Bett gefesselt ist, dessen Frau vor einigen Monaten gestorben, der selbst jahrelang KZ im Dritten Reich durchgemacht hat, ein aufrechter, ja

großer Oesterreicher, Friedrich von Wiesner, ist das Ziel ihres besonderen Hasses. Sie gehen daher so weit, daß sie zweimal hintereinander die Adresse Wiesners veröffentlichten, um ja ihren Auftraggebern in jeder Beziehung die Auskunft zu liefern.

Es ist nach dem Erwähnten wohl möglich, sich mit diesem elenden Gschmeiß weiter zu beschäftigen. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß über sie die Geschichte ein für allemal hinweggegangen ist. Wenn sie durch die Entwicklung in Deutschland Morgenwind wittern, so können wir sie versichern, daß, so lange noch ein österreichischer KZler oder Freiheitskämpfer lebt, sie zu verhindern wissen werden, daß jemals die Saat dieser „Kameraden“ aufgehen wird.

—31—

Der politisch Verfolgte als Trafikbewerber

Vom KZ-Kameraden Otto Stöhr,

Bundesgeminalvorsteher-Stellvertreter der Trafikanten Oesterreichs

Das Opferursorgegesetz enthält im § 2, Absatz 4, die Bestimmung, daß politisch Verfolgte bei Bewerbung um eine Tabaktrafik bevorzugt behandelt werden müssen.

Diese gewiß erfreuliche und gerechte Maßnahme hat nicht nur der Gesetzgeber getroffen, sondern haben sich darüber hinaus die Träger der Verantwortung für das wirtschaftliche Geschehen in Oesterreich, der Oesterreichische Wirtschaftsband und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, in geradem vorbildlicher Weise die Unterstützung und Verwirklichung dieser gesetzlichen Bestimmung in ihr Programm aufgenommen. Es ist daher kein Zufall, daß der Schreiber dieser Zeilen als Bundesgeminalvorsteher-Stellvertreter kandidiert und Kamerad Franz Kittel ins Landesgremium Wien berufen wurde.

Der Umstand, daß jetzt mehr denn je Ansuchen politisch Verfolgter um Verleihung einer Trafik einlangen, hat mich veranlaßt, zu diesem Kapitel Stellung zu nehmen.

Wenngleich nicht verhehlt werden darf, daß die Funktionäre der Gremien der Tabakverschleißer vornehmlich die Interessen der Alttrafikanten wahrnehmen müssen, ist es doch eine

Selbstverständlichkeit, daß unsere Kameraden als Funktionäre mit viel Liebe und Bemühen die Bestrebungen der politisch Verfolgten auf diesem Sektor zu fördern suchen und ihren Einfluß im Besetzungsgebiet für Trafiken in die Waagschale werfen. In der Folge will ich aber kurz die Schwierigkeiten aufzählen, die sich dem Bewerber und uns in den Weg stellen. Die Besetzungsvorschriften fordern vom Trafikbewerber nicht nur die Qualifikation als Bewerber, sie verlangen auch einen gewissen Grad der Bedürftigkeit des Bewerbers. Nun, diese Forderungen werden von allen Bewerbern aus unseren Kreisen erfüllt und glauben diese nun, daß es ihnen ein Leichtes sein wird, zum Zuge zu kommen und daß es nur auf unseren guten Willen ankomme, daß die Bewerbungswünsche erfüllt werden. Leider ist diese Meinung eine irrige. Alttrafikanten werden kaum frei, beziehungsweise gelangen ganz selten zur Vergebung, da der § 4 der Besetzungsvorschriften für Trafiken das Erbrecht vorsieht. Wenn also ein Trafikant stirbt, hat seine Witwe oder sein Kind, soweit sie zu Geschäft mündig waren, und wo würde dies nicht zutreffen, den unbedingten Anspruch auf die freigewordene Trafik.

So bleiben praktisch lediglich Neuerrichtungen übrig. Aber auch das übernehmen sich die Schwierigkeiten. Die erste ergibt sich schon bei der Verlage des notwendigen Lokalnachweises, den der Trafikanwärter selbst erbringen muß. Er muß in ganz Wien herumzucken, bis er ein freies Lokal findet, und glaubt er, es gefunden zu haben, stellt es sich in den meisten Fällen heraus, daß sich das Lokal wegen seiner Lage nicht eignet, denn rundherum befinden sich bereits Trafiken und würde es eine schwere Schädigung für diese bedeuten, wollte man ihnen noch eine Neuerrichtung hinzusetzen. Eine weitere Schwierigkeit ist auch darin zu suchen, daß man kann ruhig sagen in allen Fällen, eine geldliche Ablöse gefordert wird, deren Höhe ganz nach der Lage und dem Umfang des Lokales bestimmt wird und über die unsere Kameraden in der Regel nicht verfügen. Es ist ein unbedingtes Gebot der Stunde, daß nachdrücklichst davor gewarnt werden muß, daß sich der Trafikbewerber von vornherein verhält. Die sich aus der Führung einer Trafik ergebenden Lasten sind derart hoch, daß kaum daran gedacht werden kann, daß ein verchuldeter Anfänger durchkommen kann. Die Bevölkerung

Wiens mag zahlenmäßig gestiegen sein, gestiegen ist aber auch in den letzten Jahren die Zahl der Trafiken, während die Anzahl der Raucher entschieden zurückgegangen ist. Hierzu kommt noch der legale, beziehungsweise illegale Handel mit ausländischen Zigaretten, der das Einkommen der Trafikanten schwer beschneidet. Das einmal blühend gewesene Zeitungsgeschäft ist infolge Uebernehmens der Kolportage zu einem bedeutungslosen geworden und so könnte man Zeitungspalten füllen, wollte man die Leiden der Trafikanten in all ihren Einzelheiten aufzählen. Auch darf nicht übersehen werden, so unglaublich das in den Ohren des Anfängers klingen mag, daß der Trafikant zu den geplagtesten Menschen im Rahmen des Handelsstandes gehört.

Ich habe mich niemals zu den Mühschweiden rechnen müssen, aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, vorstehende Zeilen zu schreiben.

Für dich, Kamerad, gilt: Trafik oder nicht, das ist die Frage, die reiflich überlegt werden muß.

Dem aber, der glaubt, es trotzdem riskieren zu müssen, sei nochmals versichert, daß wir guten Willens sind, zu raten und zu helfen.

Um die Lagerstraße

Unsere Anregung über die Lagerstraße hat ein lebhaftes Echo gefunden. In der Folge der Zuschriften veröffentlichten wir heute den Brief eines Kärntner Kameraden.

Meine Teilnahme an der Diskussion um die „Lagerstraße“ ist von der Hoffnung diktiert, an Stelle unfruchtbarer Messungsverhältnisse, ein schlichtes, aber sicheres Prinzip zu setzen. Ich bin der bescheidenen Auffassung, daß man die ehemalige Verhältnis von Inhaftierten zueinander, ich meine die erzwungene Schicksalsgemeinschaft, nicht dahin deuten kann, daß Menschen, die aus verschiedenen Ursachen da zusammengeführt wurden, nun auch noch lebenslanglich zu einer gemeinsamen Daseinsführung gebracht werden können. Gewiß, das gemeinsame Erlebnis in der Haft hat Verpflichtungen wachgerufen, sich gegenseitig unter Zurückstellung persönlicher Vorteile usw. zu helfen, sich gegenseitig beizustehen, um die drohende Apokalypse zu überwinden, die für viele unweigerlich zur Selbstaufgabe geführt hätte. Doch weil dem gemeinsamen Erlebnis in der Haft keine gemeinsame Ursache der Freiheitsberaubung durch die

Gestapo gegenüberstand, stoben sie im Moment der erlangten Freiheit in alle Windrichtungen auseinander, und dies nicht zur physisch, sondern auch geistig gesehen. Es hatte keiner an anderen mehr ein Interesse. Man gestatte mir zu skizzieren, wie ich die Stunde der Befreiung erlebte. Ich war in der Haftanstalt Wels in Oberösterreich inhaftiert und sollte meine Zelle mit einem tief überzeugten und ideal vorangegangenen Kommunisten. Schon durch Wochen vereinsamten wir, die Stunde der Befreiung feierlich zu begehen. Er stellte sich vor, daß sich strotzende Häftlinge im Hofe versammeln werden, wo denn er und ich, der Situation gemäß, Ansprachen halten werden. Ich verbatte für ihn ab auch für mich die Ansprache. Am 4. Mai 1945, 2 Uhr nachmittags, war es endlich so weit. Amerikanische Truppen besetzten Wels, und um die besagte Stunde öffnete ein amerikanischer Offizier die Zellen. Aus der erwarteten feierlichen Stunde wurde ein furchtbares Durcheinander. Man stürzte das Kleidermagazin, als auch die Kübelschränke, es entbrannte ein Kampf um die Zivilkleider.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Unter der Lupe

Der britische Hochkommissar in Deutschland, Kirkpatrick, hielt laut „Wiener Kurier“ vom 13. Jänner 1951 in Hamburg eine viel beachtete Rede, in der er u. a. über die Politik und die Taktik Deutschlands folgendes ausführte:

„Eine Politik, die auf Abenteurer ausgeht, eine Politik, die es versucht, eine Macht gegen die andere auszuspielen, hat vielleicht auf kurze Sicht gewisse Reize, aber sie würde zu einem katastrophalen Ende führen. Eine solche Politik würde Deutschland erneut die Fetschenschaft der ganzen Welt zuziehen und zum drittenmal zu Deutschlands Vernichtung führen.“

Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß ich im großen und ganzen in Deutschland trotz seiner schwachen Position nur wenig Anzeichen dafür vorzufinden habe, daß die Öffentlichkeit wünscht, den Standpunkt anderer zu verstehen oder die deutsche Politik mit der Politik einer anderen Macht in Einklang zu bringen.“

Der Hochkommissar meinte, daß ein Mann-Mensch der zufällig einmal deutsche Zeitungen lese, den Eindruck gewinnen müsse, „als wüßte das deutsche Volk über jede Frage, sowohl mit England als auch mit dem westlichen Verbündeten, Streit zu beginnen, und als läge ihm nicht das geringste daran, auch nur mit einer einzigen Nation besonders freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen“.

Fünf Jahre sind vergangen und das alte „Spiel“ beginnt von vorne. In dieser Beziehung war Deutschland ja immer „verblödet“ und zog verblödeten Nutzen daraus. Es kam die große Pleite, die Katastrophe — dann allerdings waren die „anderen“, die „bösen“ und zugleich „unfähigen“ Nationen schuld, die man sich jedoch durch Ueberheblichkeit und durch hinterhältiges Benehmen zu Feinden gemacht hatte. Leider war und ist nach unserer bescheidenen Meinung die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland bestimmt auch nicht fehlerlos.

Im „Wiener Montag“ vom 29. Jänner 1951 erschien unter dem Titel „Die Ehre nicht verloren“ nachstehender inhaltsschwerer Artikel:

„Die harten Tatsachen des Korea-Krieges sowie die politischen Notwendigkeiten in der Welt haben bereits den meisten Amerikanern den ‚Morgenthau‘ von den Augen fallen lassen, der bisher ihre Blicke in bezug auf das deutsche Volk trieb.“

Sie (die deutschen Soldaten) haben die Erklärung Eisenhower nicht not-

Gestern Verfolgte — heute Mandatare

im Kampf für Oesterreichs Freiheit

Sechs Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches scheint so mancher schon vergessen zu haben, was Oesterreicher für dieses wiedererstandene Vaterland erduldet und erlitten haben. Sie wollen gerade jene Männer unter fadenscheinigsten Argumenten an die Wand drücken, die gestern als Verfolgte und heute als Bundeskanzler, Minister und Parlamentarier die kontinuierliche politische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gesichert haben. Der Anteil der OeVP-Mandatare am Freiheitskampf Oesterreichs und der Anspruch der politisch Verfolgten und Freiheitskämpfer darauf, in diesem Lande gehört zu werden, sei durch die nachfolgende Liste in Erinnerung gebracht und bekräftigt.

Nationalrat Erwin Altenburger, März bis August 1938 Polizeihaft.	Staatssekretär Ferdinand Graf, 1938 bis 1940 KZ Dachau und Flossenbürg.	Nationalrat, Landesrat Viktor Müllner, 4½ Jahre KZ Dachau.
Nationalrat Wilhelm Bleyer, 1938 mehrwöchige Freiheitsstrafe, Organisationsleiter der Widerstandsbewegung.	Bundesrat Hans Grossauer, Politische Freiheitsstrafen 1938 bis 1941.	Bundesrat Johann Pötsch, 1938 Gefängnis in Gleits.
Nationalrat Dr. Fritz Bock, 1938 bis 1939 KZ Dachau.	Nationalrat Franz Hausschmidt, 1944 7 Monate Untersuchungshaft, Hochverratsanklage.	Nationalrat Franz Pirnke, 1938 bis 1940 Schutzhaft und landesgerichtliche Untersuchung.
Nationalrat Karl Brunner, 1938 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.	Bundesminister für Unterricht Doktor Felix Hurdas, 1938 bis 1939 KZ Dachau, 1944 bis 1945 Mauthausen, Landesgericht Wien (Volksgerichtsverfahren).	Nationalrat Hermann Reiner, 2 Jahre Buchenwald und 9 Monate Einzelhaft.
Nationalrat Theodor Cerny, 1940 bis 1941 Polizeihaft.	Nationalrat Franz Kranebitter, 1938 Polizeihaft.	Nationalrat Hans Roth, 1938 bis 1945 dreimalige Verhaftung und Einkerkerung.
Nationalrat Josef Dengler, 1938 bis 1939 Freiheitsstrafe.	Nationalrat, Präsident des Nationalrates Leopold Kunschak, Zweimalige Schutzhaft im Wiener Polizeigefängnis.	Bundesrat Wilhelm Salzer, 1938 Polizeihaft.
Bundesrat Friedrich Eckert, 1938 bis 1939 KZ Dachau wegen Hochverrat.	Bundesrat Ing. Carl Lipp, 1938 und 1944 Gefängnishaft Graz.	Nationalrat Alois Scheibeneifl, 1938 und 1944 mehrwöchige Haft.
Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl, 1938 bis 1943 KZ, 1944 bis 1945 unter Hochverratsanklage.	Nationalrat Eduard Ludwig, 1938 bis 1943 KZ Dachau.	Nationalrat Hans Seibinger, 30 Monate KZ Dachau und Flossenbürg.
Nationalrat Dr. Josef Fink, 1939 Politischer Gefangener Innsbruck, 1944 KZ Reichena.	Bundesrat Jakob Mühl, 1938 Schutzhaft.	Nationalrat Dipl.-Ing. Franz Ströbl, 1938 bis 1939 KZ Buchenwald und 1944 Polizeigefängnis Wien.
Nationalrat Leopold Fischer, 1938 Schutzhaft.	Nationalrat Dr. Alfred Maletz, 1938 bis 1941 KZ Dochau und Flossenbürg.	Nationalrat Josef Strummer, 1938 bis 1945 mehrmals aus politischen Gründen inhaftiert.
Nationalrat Anton Frisch, 1938 bis 1945 vom Schuldiensentlassen, Schutzhaft KZ Dochau.	Nationalrat Hans Maurer, 1938 Schutzhaft Refsauerlande, 1944 Gestapohäftling in Graz.	Bundesrat Dr. Alfons Uebelhör, 21 Monate Untersuchungshaft, 1 Jahr Gefängnis.
Nationalrat Dr. Alfons Gorbach, 1938 Gestapo Wien, 1938 bis 1942 sowie 1944 bis 1945 KZ Dachau und Flossenbürg.		Nationalrat Johann Weidenböhler, mehrwöchige Polizeihaft in Linz.
Nationalrat Fritz Hinterndorfer, 1938 bis 1939 Gestapohaft.		Vizebürgermeister Lois Weinberger, 1944 bis 1945 Gestapo, Landesgericht und Mauthausen, Anklage wegen Hochverrates.
		Nationalrat Anton Weindl, 1938 mehrwöchige Haft.
		Bundesrat Leopold Weismayer, 1938 10 Monate Untersuchungshaft und Anklage wegen Hochverrates.

Diese Daten haben wir dem Handbuch der Oesterreichischen National- und Bundesräte 1940 entnommen. Wir sind überzeugt, daß noch zahlreiche Parlamentarier aus bekannter Bescheidenheit ihre erlittene Verfolgung nicht erwähnt haben.

WIR SAGEN:

JA

... daß Europa durch die USA-Hilfe eine Stärkung erhält. Es hat sie auch sehr nötig, denn es sieht so aus, als ob es aus eigenem nie auf einen grünen Zweig käme. Wenn da nicht der Herr Lehrer mit dem Rohrstab dahinter ist, streiten sich die blauen Buben weiter ...

... zur Welterung Westdeutschlands, mit Ostnationalen über eine Vereinigung zu verhandeln. Die Rattenfingermelodien verfangen nicht mehr beim Michel. Es wäre nur gut, wenn der Rattenfinger öfter an eindeutige Notenblätter bekäme, damit er merkte, daß es auch noch was anderes gibt auf der Welt außer ihm!

... zu dem schönen Solidarismus aller Völker bei den Lawinenunglücksfällen, die unser Land getroffen haben. Es gibt ja doch noch etwas mehr in der Welt als Mißtrauen und Feindschaft, und wenn höhere Mächte eingreifen, dann sehen wir ganz plötzlich, daß wir ja alle auf einer Welt zusammenhängen und einander also irgendwie belasten müßten ...

... zu einer gründlichen und durchgreifenden Regelung des Problems Film. Es muß einmal saubere Luft geschaffen werden, daß die Herren Produzenten sich langsam abgewöhnen, uns mit Schund, Schmutz, Pseudopsychologie, Pathologie, Perversionen und dergleichen beglücken und stofft dessen sich für das viele Geld, das sie verdienen, auch bemühen, wieder gute Kunst zu schaffen.

... zur Wiedereinrichtung regelrechter diplomatischer Vertretungen zwischen Jugoslawien und Osterreich, und zwar auf Grund einer jugoslawischen Anregung. Osterreich hat natürlich mit Frauen zugestimmt, und wir sehen nicht wieder erfreut, daß unser südlicher Nachbar immer fester in den europäischen Rahmen hineinwächst und aus dem kerninformalistischen Block herausbricht.

... daß nun auch die Generalversammlung der UN China als Aggressor bezeichnet hat ... und „noch ist Korea nicht verloren“, denn die Kämpfe bewegen sich derzeit wieder in der Gegend von Seoul ...

... daß Vorschlag Primizien von 200 Schilling für jugendliche Landarbeiter ausbillt, wenn sie mindestens 12 Monate arbeitslos, was immerhin einen schönen Beitrag gegen die Landflucht bedeutet. Vorerst sind 100.000 Schilling dafür ausgeworfen. Vielleicht finden sich genügend Nachahmer ...

NIEMALS VERGESSEN!

HUGO VON HOFMANNSTHAL:

Uralter europäischer Boden ist uns zum Erbe gegeben, zarter römischer Reiche Nachfolger sind wir auf diesem, das ist uns auferlegt, wir müssen es tragen, ob wir es wollen, oder nicht; heilig und schicksalhaft ist der Heimatboden. Nun ist er noch heiliger geworden, denn wir haben Tote ohne Zahl in ihm eingeweiht, die ihr Blut für Osterreich vergossen haben; zugleich aber sind in uns die Toten lebendig geworden — daß es ein Unzerstörbares gibt der Toten und der Geister und eine stete Gegenwart der Toten, das ist als eine offene Wahrheit in unseren Herzen geflossen.

BUNDESMINISTER DR. FELIX HURDES (1945):

Wir Oosterreicher wollen nicht mehr irgend welchen Extremen nachlaufen, wir sind überzeugt, daß es gerade für uns Oosterreicher das Zweckmäßigste ist, auch in Politik und Wirtschaft den goldenen Mittelweg zu gehen. Auch unsere Lage in der Mitte Europas rechtfertigt diese Auffassung. Extreme, die meistens von einer Minorität der Mehrheit aufgezungen wurden, brachten immer wieder die größten Erschütterungen im staatlichen Zusammenleben.

HERMANN BARR:

Osterreich richtig zu sehen, wird dem Oosterreicher dadurch erschwert, daß es Jahrbuchertelung an der deutschen Geschichte teilgenommen hat. Der Deutsche vergißt, daß Osterreich zwar allerdings Jahrbuchertelung auf Deutschland eingesetzt hat, aber eigentlich doch immer nur von außen her, selbst draußen stehend, selbst bei sich bleibend. Er hat eigentlich seine Hand auf Deutschland gelegt, aber niemals seinen Fuß nach Deutschland gesetzt.

LERNET-ROLENIA

Wir brauchen nicht voraus-, sondern nur zurückblicken. Wir sind im besten und verteidigten Staat unserer Vergangenheit; wir haben uns nur zu bemühen, daß wir unsere Vergangenheit sind — und sie wird unsere Zukunft werden. Auch das Ausland wird heute eigentlich neues, es wird in Grund und Boden Osterreich von uns erwecken.

WIR SAGEN:

NEIN

... daß der Tod unseres Bundespräsidenten zu unerträglichen kulturkämpferischen Heißereien benutzt wurde. Tragisch genug, daß man es heute für nötig erachtet, die kirchliche Einsegnung eines mit der Kirche immer verbunden Gewesenen zu verhindern!

... daß die Russen schon wieder Menschen jagen. Wer das Pech hat, in einem Gebiet zufällig geboren zu sein, in dem sie heute sitzen, wird von ihnen als reparierbar bezeichnet. Und wenn er nur in einem Schnellzug auf der Durchreise dort geboren wurde! Der Wahn nimmt immer blöhere Formen an!

... zu dem Film „Die Sünderin“, mit dem sich Willi Forst ein schönes Armutszeugnis ausgestellt hat, weil er damit unter die Sensationshaare gegangen ist. Geschickt ist Geschick! ...

... zum Todesurteil an dem 16-jährigen Studenten Flade in Ostnationalen wegen staatsfeindlicher Propaganda. Was sich eine tollwütige Diktator alles leisten kann! Allerdings hat der Proteststurm in den westlichen Ländern dem Armen das Leben gerettet. Jetzt darf er 15 Jahre Zwangsarbeit leisten. Wahrhaft großmütig! Ob er nicht den Tod vorgesogen hätte?

... daß der Traubensverein ein Defizit von 1½ Millionen Schilling haben wird. Das wird dann aus öffentlichen Mitteln gedeckt, damit der kleine Steuerzahler nicht um seine noblen Vergütungen kommt; denn was wäre der österreichische Normalverbraucher, wenn er und seine Gattin nicht alle 14 Tage ihre neuesten Teiletten am Traubensplatz zeigen könnten und sich „sehen lassen“? Nicht ausreden! Also werden wir zahlen. Wir haben's ja!

... zur lautlosen und unsichtbaren Atomombe. Aber nur deshalb, weil sie noch einen Fehler hat: sie selbst lautlos und unauffällig zu vernehmen! Verblüfft wird sie nur in naher Zukunft Millionen Menschen „diskret“ betätigen! ...

... daß Minister Waldbrunner anscheinend die Steuergelder und die Einkünfte der verstaatlichten Betriebe mit seiner Privatschatulle verwechselt. Sonst könnte man es nicht verstehen, warum plötzlich die Wiener Wochen Ausgabe eine große Werbaussage für die verstaatlichten Betriebe auf Kosten der verstaatlichten E-Werke herausgeben sollte. Wahrscheinlich soll hier die Kampagne gegen „Land und Leiber“ gemacht werden. Das geht wohl etwas weit ...

Rat und Hilfe

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbezieher, Opferausweis- und Amtsbescheinigungsträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Auslegung der Gesetze an Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert, bzw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politisch Verfolgten betreffenden Belangen an die Redaktion ergen, im „Freiheitskämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmittglied Kamerad Franz Kitzel, Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, steht außerdem jeden Montag von 17—18 Uhr in der Redaktion, Wien I, Kärntner Straße 51, Zimmer 24, jedem ehemals politisch Verfolgten betreffs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

Ein Jahr Rat und Hilfe

In diesen Tagen wird es ein Jahr, daß die OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten im Einvernehmen mit der Redaktion der Zeitschrift „Der Freiheitskämpfer“ sich entschloß, in einer ständigen Rubrik über die gesetzlichen Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes und aller Durchführungsverordnungen zu berichten und damit mit Rat und Hilfe unseren Kameradinnen und Kameraden beizustehen. Gleichzeitig wurde das Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, Franz Kitzel, wöchentlich einmal in einer Sprechstunde persönlich Auskünfte zu geben und Interventionen einzuleiten.

Sowohl unsere Zeitschrift als auch unsere Sprechstunde hat in den letzten der politisch Verfolgten, ja weit darüber hinaus ein erfreuliches Echo gefunden. Neben einer umfangreichen Korrespondenz mit Kameraden aus allen Bundesländern, die von der Redaktion besorgt wurde, haben in 42 Sprechstunden 672 Kameradinnen und Kameraden Rat und Hilfe gesucht. Fast in allen Fällen, wo Interventionen notwendig waren, konnten diese erfolgreich durchgeführt werden. Die Sprechstunde wurde nicht nur von Wienern, sondern auch von Bundesländern und Niederösterreichern aufgesucht.

Daß es auch einige Fälle gab, in denen Interventionen nicht zum gewünschten Erfolg führten, ist bei der großen Zahl der Fälle nicht verwunderlich. Gerade jene Kameradinnen und Kameraden sollen aber wissen, daß alles unternommen wurde und wird, um auch ihre Sorgen zu beheben und ihnen, wo das Recht auf ihrer Seite ist, auch zu diesem Recht zu verhelfen.

Es ist hier am Platz, besonders unseren Vertreter in der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Kameraden Hans Jürg Leiskaut, und allen unseren ehrenamtlichen Vertretern in den Kommissionen bei den einzelnen Landesregierungen herzlichsten Dank zu sagen.

Unsere Kameradinnen und Kameraden

Kittel, Mitglied der Rentenkommission steht außerdem jeden Montag von 17—18 Uhr in der Redaktion, Wien I, Kärntner Straße 51, Zimmer 24, jedem ehemals politisch Verfolgten betreffs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

aber bitten wir, weiterhin unserer Kameradschaft die Treue zu halten zum Wohle unserer bedrängten Kameraden und nicht zuletzt zum Wohle unseres ebenso bedrängten Vaterlandes.

Steuerermäßigung

Es scheint uns notwendig, unsere Kameradinnen und Kameraden bezüglich, gerade jetzt zum Jahresbeginn, auf die für Besitzer von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen verbundenen Begünstigungen steuerlicher Art aufmerksam zu machen.

Besonders die selbständig Erwerbstätigen seien darauf hingewiesen, daß sie ihrem Steuerbekenntnis, das sie für das Jahr 1920 nun zu erstellen haben, die ihnen zustehenden Begünstigungen zu vermerken haben. Erstmalig beträgt der steuerfreie Betrag bei Berechnung der Einkommensteuer S 1920.—. Außerdem haben alle Amtsbescheinigungsinhaber, die auf Grund einer gesundheitlichen Schädigung eine Erwerbsverminderung haben, Anspruch auf weitere Steuerfrei-

beträge gemäß der nachfolgenden Tabelle:

Minderung der Erwerbsteuergattung B. Bescheid der OeP	Staatlich
25 bis 35 %	S 240.—
35 bis 45 %	S 360.—
45 bis 55 %	S 720.—
55 bis 65 %	S 875.—
65 bis 75 %	S 1025.—
75 bis 85 %	S 1150.—
85 bis 95 %	S 1360.—
95 bis 100 %	S 1560.—
bei Pflege- oder Blindenzulage	S 3000.—

Wir machen gleichmäßig aufmerksam, daß der in der Praxe gemeldete endgültige Termin zur Abgabe der Steuererklärungen zu beachten ist, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

Auch unsere lehrtausepflichtigen Kameradinnen und Kameraden haben Anspruch auf die Steuerbegünstigung. Sie muß auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. So weit diese Kameraden noch nicht erledigt haben, mögen sie sich, um vor Schäden bewahrt zu sein, unverzüglich an ihr zuständiges Finanzamt wenden.

Auch diese Kameradinnen und Kameraden haben bei entsprechender Erwerbverminderung neben dem Lohnsteuerfreibetrag bei täglicher Anzahlung in der Höhe von S 6,16, und wöchentlicher Lohnzahlung S 39.— und bei monatlicher Gehaltszahlung S 160.— auf folgende Beginnstagen Anspruch:

Bei einer Erwerbsverminderung in OeP-Bescheid von	Zur Erwerbstätigen	Bei Nichterwerbstiteligen
25 bis 35 %	S 30.—	S 18.—
35 bis 45 %	S 40.—	S 24.—
45 bis 55 %	S 100.—	S 60.—
55 bis 65 %	S 120.—	S 72.—
65 bis 75 %	S 140.—	S 84.—
75 bis 85 %	S 160.—	S 96.—
85 bis 95 %	S 180.—	S 108.—
95 bis 100 %	S 200.—	S 120.—
bei Pflege- oder Blindenzulage	S 400.—	S 240.—

Anschließen und steuern

30
Merke

An die Verwaltung

„Der Freiheitskämpfer“

WIEN VIII

Laudongasse 16

§ 45 des KOVG

Immer wieder erhalten wir Anfragen bezüglich des § 45 des KOVG. Es handelt sich um solche Opfer, bei denen Ansprüche aus gesundheitlicher Schädigung durch erlittene Haft mit Kriegschäden zusammentreffen. Wir zitieren hier den § 45 im Wortlaut des KOVG:

„Beim Zusammentreffen eines Anspruchs auf Beschädigtenrente oder Hinterbliebenenrente nach diesem Bundesgesetz (KOVG) mit einem sich auf das gleiche schädigende Ereignis gründenden Anspruch auf Opferrente oder Hinterbliebenenrente nach dem OF-Gesetz vom 14. Juli 1943 in seiner jeweiligen Fassung gebührt nur die Rente nach diesem Bundesgesetz. (Ako nach dem KOVG, Die Red.) Gründen sich die Ansprüche bei beiden Bundesgesetzen auf verschiedene schädigende Ereignisse, dann gebührt Beschädigtenrente ebenfalls nur nach diesem Bundesgesetz; der Bemessung der Beschädigtenrente ist die durch die schädigenden Ereignisse insgesamt bedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit zugrunde zu legen. Die Ansprüche auf Unterhaltrente nach dem Opferfürsorgegesetz bleiben unberührt.“

Das heißt also, daß bei Vorliegen einer Kriegsbeschädigung und einer Schädigung aus einer Haft Unterstützung und Entlohnung, sowie auch Zuerkennung der Grund- und Zusatzrente nur durch das zuständige Landesinvalidenamt erfolgen kann. Bei einem Einkommen eines Opfers unter S 491,—, beziehungsweise eines Hinterbliebenen unter S 461,—, wird über Antrag der Differenzbetrag oder die volle Unterhaltrente von dem Opferfürsorge zugesprochen.

— Sterbezettel

Aus wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß Amtsbeschleunigungsträger, die durch ihre Amtsbeschleunigung voll kran-

kenverichert sind, Anspruch auf Sterbezettel der Krankenkasse haben. Im Falle des Ablebens eines Amtsbeschleunigungsträgers erhalten die Verwandten einen Sterbekostenbeitrag in der Höhe von S 1848,— (inkl. Auswärtigenbeitrag). Opferausweissträger haben keinen Anspruch.

Meldung beim Arbeitsamt durch Hinterbliebene

Wie wir von der Opferfürsorgekommission erfahren, wird im Hinblick von Witwen nach Opfern nur dann mehr eine Meldung beim Arbeitsamt vor Gewährung einer Unterhaltrente gefordert werden, wenn sie das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Bei allen

Witwen über den 49. Lebensjahr fällt diese Meldepflicht weg.

Leserbesprechung

Mittwoch, den 21. Februar 1933, veranstaltete die Redaktion des „Freiheitskämpfer“ zum erstmaligen eine Leserbesprechung. Nach einer Eröffnung durch Nationalrat Fritz Beck, dem Obmann des Kuratoriums der OeVP-Kameradschaft, werden die Kommissionsmitglieder Hans Leinkauf und Franz Kittel Anträge, die die Lesergesetzgebung und Zustimmung betreffen, beantwortet. Beginn: 18 Uhr. Ort: Saal der Bundesparteileitung, Wien 7, Körner Straße 51.

Sie bleiben immer dieselben

Unter dem Titel „Nur die Schlechten . . .“ bringt die „Furche“ in ihrer Nummer vom 20. Jänner folgende Darstellung:

„In dem letzten Buch von Bruno Brecht „Am Rande des Abgrunds“, das — wie berichtet — eine Reportage über die Geschichte der letzten dreißig Jahre enthält, befindet sich in dem Kapitel, welches den Österreichischen Anschlag behandelt, ein Satz, der besonderer Beachtung wert ist.

„Hätte einer von uns“, heißt es in diesem Abschnitt, „den die Tage des Anschlusses erschüttert hatten, geglaubt, daß die Geheimne Staatspolizei den Sekretär des deutschen Botschafters erschleut und in die Donau wirft! Wir hätten es nicht geglaubt. Wir hätten uns auf den Führer berufen, wie wir ihn gesehen hatten, wie wir ihn sehen wollten, wie er für uns war. Sind wir blinder als die Monarchen anderer Völ-

ker gewesen? Dummer? Schlechter? Feiger? Ich glaube nicht. Nur die Schlechten suchen sofort das Schlechte, nur sie werden unfähig von ihm angesprochen, es ist ihnen verwascht, sie kennen sich aus. Die Guten, die Opfergetreuen, die Pflichtgetreuen sind blind, sie haben das, was geschieht, nicht für möglich. Und eben deshalb kann es geschehen.“

Zweifellos enthält dieser Absatz in seinem ersten Teil eine große Wahrheit: denn Tausende und aber Tausende mochten nicht sehen, wie der Nationalsozialismus wirklich war. Sie sahen den „Führer“ so, wie sie ihn sehen wollten. Aber ebenso zweifellos enthält dieser Absatz in seinem zweiten Teil eine Schlußfolgerung, die nicht nur falsch, die nicht nur gefährlich ist, sondern auch noch darüber hinaus einen Radweg enthält an denjenigen, die der Hitlerei widerstanden und dafür zu den „Schlechten dieser Welt“ gerechnet werden. Und dies nur, um einen Irrtum zu beschreiben. Denn wenn — wie der Verfasser sagt — nur „die Schlechten sofort das Schlechte sehen“, dann gehörte also Graf Galen, der Bischof von Münster, der das Schlechte im NS-System erkannte, zu den „Blödsinnigen dieser Welt“. Und mit ihm Kardinal Faulhaber, oder Pastor Niemöller, und Ministerialrat Klausener, der Vorsitzende der deutschen Katholischen Aktion, die im NS-Schergen am 30. Juni 1934 ermordeten. Und Generaloberst Beck, der von Anfang an Hitler opponierte und zu guter Letzt noch einen „Generalstreik der Generale“ verschlug. Und mit ihm Generaloberst Freiherr von Fritsch. Und alle die anderen, oft namenlosen Kämpfer. Vor allem aber auch alle jene, die in den KZs unmenschliche Qualen erdul-

(Fortsetzung auf Seite 18)

Anschreiben und senden.

Ich (wir) bestelle(n) _____ Exemplar(e) der Zeitschrift

„Der Freiheitskämpfer“

und ersuche(n) um Zusendung eines Erlagscheines.

Jahres-Abonnement: S 12,— inkl. Postversand.

Halbjahres-Abonnement: S 6,— „ „

Vierteljahres-Abonnement: S 3,— „ „

(Nichtauftriefendes schreiben)

Name: _____

Adresse: _____

OVP-KAMERADSCHAFT

UND BUND ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER

Das Kuratorium tagte in Wien

Sonntag, den 27. Jänner 1951, trat in Wien unter Vorsitz seines Obmannes Nationalrat Dr. Fritz Bock das Kuratorium der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten zu seiner ersten diesjährigen Tagung zusammen.

Nationalrat Dr. Fritz Bock gab einen umfassenden Bericht über Vorarbeiten und Verhandlungen im Zusammenhang mit der Frage der Entschädigung der gemäßigten Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Er verwies insbesondere auf die Unterredung, die kürzlich in dieser Angelegenheit mit dem Bundeskanzler stattgefunden hat und stellte den Vorschlag des Bundeskanzleramtes, der bereits durch die Presse bekannt ist, zur Diskussion. Die Ausführungen von Nationalrat Dr. Fritz Bock wurden durch ergänzende Vorträge des Wiedergutmachungsreferenten des Kuratoriums Kam. Dr. Fillitz und des Bezirkshauptmannes von Wiener Neustadt Kam. Hofrat Dr. Mohr unterstützt und bekräftigt.

In der Diskussion wurde insbesondere von den Vertretern aus Steiermark, Kärnten und Burgenland auf die Notwendigkeit verwiesen, bei den Entschädigungen die jüngere Generation der Beamten nicht zu übersehen. Gerade sie hätten viel verloren und bedürften daher unserer besonderen Anteilnahme. Kam. Huschak überbrachte Vorschläge unseres Landesverbandes Kärnten, die ebenfalls eingehend diskutiert wurden. Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen noch: Nationalrat Frisch (Burgenland), Pumpernigg (Steiermark), Etzersberger (Oberösterreich), Huschak (Kärnten), Nationalrat A. D. Rupp (Niederösterreich), Landtagsabg. Zechner (Tirol), Haemmerle (Vorarlberg), ein Vertreter Salzburgs und die Wiener Vizepräsidenten Hyrb und Leinkauf. Schließlich sprach auch der als Gast anwesende Kamerad Dr. Sobek.

Allgemein wurde das Befremden zum Ausdruck gebracht, daß die Amerikaner jenen ehemaligen belasteten Nationalsozialisten, die eine Haftzeit im Lager Glasenbach verbüßt haben, unter dem Titel „Entschädigung für dort geleistete Arbeit“ nicht unbedeutende Schillingbeträge aus-

zahlen. Dieser Umstand führt zu der grotesken Tatsache, daß die seinerzeit von der Republik Österreich gemäßregelten, wieder in Dienst gestellten ehemaligen Angehörigen der NSDAP und nun belasteten Personen Entschädigungs-, bzw. Wiedergutmachungsbeträge erhielten, während die treuesten Beamten des österreichischen Staates, die durch Jahre hindurch außer Dienst gestellt waren, keinen einzigen Groschen für die verlorenen Bezüge bekommen haben.

Mafregelung anrechenbar waren, erfolgen.

- Die Begrenzung der Entschädigung für nicht mehr als 40 Monate soll auf 40 Monate erhöht werden.
- Der Entschädigungsmindestsatz soll ohne Berücksichtigung einer Dienstzeit mit einem Jahresgehalt der Einstiegsgruppe des GGG, die der vergleichbaren Verwendungsguppe entspricht, festgelegt werden.
- Für Angestellte des Bundes, der Länder und Gemeinden soll, wenn die Betroffenen durch min-

Gebt Oesterreich frei!

Von blühenden Stürmen umbraut, eine Insel im lebenden Meer, Gefahrenumflutet ist Oesterreichs Land und der Freiheit beraubt. Noch weiter bedrückt viel elterne Fläme mit bleierner Schwere Uns Unglücksverfolgte, die einst an Befreiung gelaßt.

Den friedlichen Aufbau behindern die fremden Gewehre. Verwehrt nicht die Dornen im Kranze, oh, seht doch das blutende Haupt! Verwehrt zu friedlicher Arbeit auf eigener Scholle die mächtigen Heere. Und laßt uns Armen den kärglichen Rest, den der Vogt nicht gerührt.

O küßt uns're Leiden und laßt uns nun endlich beginnen In Freiheit die Saaten zu säen und Häuser zu bauen, Um mit den Kindern die bessere Zukunft zu schauen.

So könnt ihr für euch auch den Frieden gewinnen, Nur so wird die Menschheit den Leiden entrinnen, Die Völker sich friedlich vereinen im festen Vertrauen.

Josef F. Führer

Das Ergebnis der Beratungen des Kuratoriums wurde in nachfolgenden Punkten, die Ergänzungen und Aenderungen zum Vorschlag des Bundeskanzleramtes (siehe „Freiheitskämpfer“, vorige Nummer) beinhalten, zusammengefaßt:

- Das Bundesgesetz soll sich nicht nur auf die Angestellten des Bundes, sondern auch auf die der Länder, Bezirke, Gemeinden und Sozialversicherungsträger erstrecken.
- Alle nach diesem Gesetz anzuzahlenden Beträge sind steuer- und abzugsfrei.
- Die Entschädigung soll nicht, wie vorgesehen, mit einem Drittel der Monate, sondern mit der Hälfte der Monate, die im Zeitpunkt der

destem 42 Monate eine Schließung von mehr als 50 Prozent erlitten haben, die Mindestentschädigung S 1000.— betragen.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Kameraden Ing. Karl Serachen (Oberösterreich) und Dr. Fillitz (Wien) als Delegierte der OeVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten nach Salzburg zum Bundesparteitag der OeVP zu entsenden.

Mit großer Genugtuung nahmen die Tagungsteilnehmer die Mitteilung Dr. Bocks zur Kenntnis, daß nunmehr das Dachauer Holzkreuz bereits restauriert ist und in den nächsten Wochen in feierlicher Weise in der Wiener Michaelskirche zur Aufstellung gelangen wird.

Unsere Landesverbände

Burgenland: Obmann: Nationalrat Anton Frisch, Wien XV, Lürgasse 5. Gf.: Franz Prunay, Direktor, Eisenstadt.

Kärnten: Obmann: Vizepräsident Gottfried Wunder, Klagenfurt, Museumsstraße 5.

Oberösterreich: Obmann: Ingenieur Karl Sersches, Linz, Goethestraße 93.

Niederösterreich: Obmann: Nationalrat a. D. Josef Rupp, Höfling bei Bruck a. d. Leitha. Gf.: Regierungsrat K. K. K. Wien I, Löwengasse 20. Salzburg: Obmann: Nationalrat Hermann Wainer, Gf.: Franz Kaiser, Salzburg, Kajetanerplatz 3.

Steiermark: Obmann: Kommerzialrat Kurt Galsner, Graz, Kerntockgasse 7 d.

Tirol: Obmann: Landtagsabgeordneter Stefan Zechner, Innsbruck, Innrain 101.

Vorarlberg: Obmann: Hermann Hämmerle, Lustenau, Kneippstraße 15.

Wien: Obmann: Hans Jörg Leinhardt, Wien I, Falkstraße 3.

Kamerad Dr. Friedrich Girczek gestorben

Einem Schlaganfall ist am 9. Jänner 1931 ein treuer Gefolgsmann unserer Wiener OeVP-Kameradschaft, Hofrat i. R. Dr. Friedrich Girczek, im 79. Lebensjahre erlegen. Es gibt kaum Worte, die besser den Inhalt seines Lebens würdigen könnten, als jener schlichte und einfache Satz auf seiner Partei: „Sein Leben war dem Dienst seines alten Vaterlandes geweiht.“ Als verdienter Hauptmann der k. u. k. Artillerie war er ein leidenschaftlicher Patriot, der dies in keiner Stunde seines Lebens verlegerte. So trat ihn auch die Verfolgung und der Haß der Gegner unseres Vaterlandes. Doch Dr. Girczek blieb treu bis zum letzten Atemzug. Er war seiner Zeit treuer Diener, unserer Generation Vorbild schöner, traditionsverbundener Österreichertums. Würdig steht sich sein Name in die unvergessliche Reihe der Kämpfer für Österreich — und damit unauslöschlich in unsere Erinnerung ein!

Für die OeVP-Kameradschaft legte Obmannstellvertreter Franz Kitzel einen Kranz mit folgendem Schloßes nieder:

Herrn Girczek: „OeVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten“ und „Bund österreichischer Protestanten“, Wien I, Falkstraße 3 — Redaktion und Verlagsort: Franz Kitzel, Wien I, Kirchnerstraße 8 — Redaktion und Verlagsort: Demokratische Verlag, Wien VIII, Sigmundgasse 3 — Verwaltung und Anzeigenredaktion: Wien VIII, Landsteiner 15 — Druck: B. Falzer-Pöhlner, Wiener Volksdruck, Wien IX, Berggasse 20

gab dem Kameraden das letzte Geleit und sprach den Verwandten das tiefempfundene Beileid der Kameradschaft aus.

Zum Begräbnis Dr. Rethis

Durch ein bedauerliches redaktionelles Versehen wurde die Teilnahme des „Bundes österreichischer Freiheitkämpfer“ am Begräbnis für den Chefarzt der Wiener Rettungsgesellschaft Dr. Fritz Rethi in unserem Bericht in der letzten Nummer nicht vermerkt. Für die Leitung des genannten Bundes legten die Kameraden Major a. D. Klein und Bezirksrat Weiner einen Kranz nieder und sprachen der Witwe sowie dem Sohne ihr tiefgefühltes Mitleid aus.

Redaktionsschluß: 5. März

Wir bitten besonders die Landesverbände und alle Kameradinnen und Kameraden, die Beiträge für unsere Zeitschrift liefern wollen, diese so abzugeben, daß sie spätestens am 5. März 1931 unsere Redaktion, Wien I, Käntnerstraße 51, erreicht haben.

Briefe an die Redaktion

Kam. Hans Tomaschek, Innsbruck:

Wir haben Dein Schreiben vom 31. Jänner erhalten und werden in Deiner Treueopferbereitschaft alle möglichen Schritte unternehmen. Im übrigen verweisen wir auf den Artikel „Der göttliche Vergeltung als Treueverbrechen“ in dieser Nummer.

Kam. M. Harimann, Maria-Ennersdorf bei Wien:

Dein Brief hat uns sehr gefreut. Wie auch diese Nummer des „Freiheitkämpfers“ beweist, sind wir bemüht, in Deinem Sinn auch die Tradition hochzuhalten und das alte Österreich nicht zu vergessen.

Landesverband Oberösterreich:

Eure Anfrage vom 25. Jänner veranlaßt uns, allgemein mitzuteilen, daß selbstverständlich Inserate von Kameraden und Freunden in unserem Verbandsorgan gern aufgenommen werden. Wir können insbesondere unseren Mitgliedern unserer Kameradschaft sehr entgegen und bitten, daß sich interessierte Kameraden mit ihren Wünschen direkt an die Redaktionen wenden.

Kam. Prof. Dr. Ernst Görlich, Wien:

Besten Dank für Ihre Beiträge. Trotz des geringen Umfangs unserer Zeitschrift werden wir bemüht sein, eventuell in Fortsetzungen diese sehr wertvollen Arbeiten zu bringen. Das Interesse für die Ent-

wicklung des Staatsgedankens ist in unserer Leserschaft sehr groß.

Kam. Karl Leßmann, Ferlach, Kärnten:

Deinen Beitrag findest Du in dieser Nummer. Wir freuen uns über Dein reges Interesse und bitten Dich, auch weiterhin uns Artikel zur Verfügung zu stellen. Besten Dank.

(Fortsetzung von Seite 19)

Sie bleiben immer dieselben

den und nur zu oft ihr Leben lediglich aus dem Grunde lassen mußten, weil sie — die im Nationalsozialismus die große Pest erkannt hatten — ihr Leben und Eigentum gegen ihn eingesetzt hatten.

Solange es Menschen gibt, wird es Irrtümer geben. Solange es Menschen gibt, wird aber auch ein Irrtum immer wieder verständlich erscheinen, Unverständlich nur wird es immer sein, wenn ein erkannter Irrtum nachträglich durch Aufgesinnung zu Unrecht wird. Wie in diesem Fall, wo es besser gewesen wäre, schlicht und einfach zu erklären: Wir haben una geirrt, anstatt dem ersten Irrtum noch einem zweiten und eine Beschimpfung derjenigen hinzuzufügen, die sich nicht geirrt haben.“

Dieser, im äußerst vornehmen Ton gehaltenen Darstellung der „Furcht“ können wir von unserem Standpunkt nur noch mit aller Bitterkeit hinzufügen, daß das wieder einmal ein Beweis mehr dafür ist, daß aus einem Nad, wie dem Dichterting dieses neuen Machwerkes, niemals ein wirklich patriotischer Österreicher wird. Da schreiben sie so viel nach Amneste, nach Vergessen und nach Gleichberechtigung. Sie schreiben nach dem Schlußtritt, den wir endlich unter die Vergangenheit sieben sollen. Wir aber fragen den Brehm und seine Spießgesellen, wann sie einmal bereit sein werden, des Schlußtritts zu zeihen, nicht war unter eine unglückselige Vergangenheit, sondern unter eine verkehrte Götterhaltung, die nicht einmal fünf Jahre nach dem entsetzlichen Geschehen der nazistischen Apokalypse bereit sind, die furchtbaren Verbrechen dieser Zeit auszugeben. Da schreiben sie zermordete Leute wie diese Kranz nicht in einem Atemzug damit mitschuldig, verfallen sie nicht dieser Kollektivschuld, wenn sie immer und immer wieder versuchen, das Entsetzliche des Nazismus zu verteidigen und diejenigen, die Leben, Freiheit, Gesundheit und Beruf für die Erhaltung Österreichs hingaben, zu verunglimpfen? Wahrlich, mit solchen Dichtungen wird der inneren Befriedigung nicht gedient! Die davon Betroffenen können sich dem Dank bei Brehm holen!